

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 12

Artikel: Polyphonie im Zentrum
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094222>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz zur ungarischen Parteikonferenz

Polyphonie im Zentrum

In Ungarn ist Janos Kadar als Parteichef abgelöst und durch Karoly Grosz, einen deklarierten Reformbefürworter, ersetzt worden, und das Politbüro wurde mehrheitlich erneuert. Auch sonst hat die Parteikonferenz von Ende Mai ungefähr das gehalten, was man sich von ihr versprochen hatte. Zur inhaltlichen Hauptsache enthielt sie eine kritische

Bilanz des kritischen Zustandes, in welchen das Land durch Reformen geraten ist, die nicht konsequent genug durchgezogen wurden. Hier geht Prof. Revesz auf die Stimmenvielfalt ein, die sich auf der Parteikonferenz kundgetan hat, und stellt anschliessend das neue Parteidokument vor. Die Karikaturen sind aus «Ludas Matyi», Budapest.

Die dreitägige Landeskonferenz der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP = KP) war von grosser Wichtigkeit für die Partei so gut wie für den Staat.

Diese Art von Heerschau ist weniger umfangreich und weniger umständlich in der Vorbereitung als ein ausserordentlicher Parteikongress, dessen Bedeutung sie ungefähr hat. Dieses Jahr fand nach 1945 und 1957 die dritte Landeskonferenz der Partei statt. Sie hatte den ausgesprochenen Charakter einer Abrechnung mit

der unmittelbaren Vergangenheit, die man nach vielversprechenden Reformansätzen bald als Stagnation empfand, in wirtschaftlicher Hinsicht zunächst, dann aber auch in politischer Hinsicht (siehe ZB, Nr. 10/1988). Die Partei drohte gesellschaftlich ins Hintertreffen zu geraten, speziell bei der Jugend.

Im Vorfeld des Treffens hatte eine indirekte Säuberung von grösserem Ausmass stattgefunden. Man nahm eine Überprüfung (die sogenannte Attestierung) der Mitgliedschaft vor,

mit der Folge, dass 40 000 Mitglieder die Partei freiwillig verliessen und weitere 6000 ausgeschlossen wurden. Die Konferenz vertrat 835 000 Mitglieder; Ungarn zählt 10,7 Millionen Einwohner.

Kritische Diskussionsbeiträge

Ein interessantes Novum bestand darin, dass neben den stimmberechtigten Parteidelegierten auch einige bekannte – und oppositionell eingestellte – Parteilose als Gäste eingeladen wurden und an der Diskussion teilnehmen konnten. Unter ihnen befand sich der 83jährige Dezső Keresztury, Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Er war zwischen 1945 und 1947 als Mitglied der später aufgelösten Bauernpartei in der Regierung gewesen und hatte das Unterrichtsministerium geleitet. In seinen Ausführungen vor der jetzigen Konferenz nahm er kein Blatt vor den Mund.

Damit freilich war er keine Ausnahme. Die Debatte war allgemein durch unverblühte Beiträge charakterisiert. Zudem sahen sich alte Kommunisten zur Selbstkritik veranlasst, so György Aczel, der dann aus dem Politbüro ausgeschlossen wurde.

Von den vielen kritischen Stimmen seien hier einige vorgestellt.

Der oben erwähnte *Dezső Keresztury* warf dem geplanten Parteidokument unter anderem vor, dass es sich weder mit der demographischen Entwicklung noch mit der Nationalitätenfrage abgebe (diese wurde dann nachträglich in das Dokument aufgenommen, unter anderm wohl auf diese Intervention hin). Ferner sprach Keresztury der USAP das Recht ab, sich als Partei



Parteichef Karoly Grosz.



Volksfrontpräsident Imre Pozsgay.



Der Neue. «Er wird verantwortlich sein», steht beim Porträt, und die Bildlegende ergänzt «... für die in den achtziger Jahren begangenen Fehler.»

des Volkes und der Nation zu bezeichnen; angesichts der «Entsetzlichkeiten der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart» gehe das nicht an.

Eine Studentin der Nationalökonomie in Budapest, *Csilla Jenei*, sagte unter anderm: «Wenn man die jetzige Jugendpolitik fortsetzt, kann man die Zukunft der Jugend und des Landes kaputtmachen. (...) Es ist nicht leicht, als Universitätsstudentin auch Parteimitglied zu sein. (...) Es ist schwer, für eine Politik einzustehen, deren Absichten und Beweggründe wir nicht kennen, zumal sie auf die Tagesprobleme keine Antwort weiss.» Im Zusammenhang mit einer kürzlich entstandenen und für ungesetzlich erklärten Jugendorganisation «mit politischem Ziel» führte die Studentin aus: «Man hat sie verboten, ohne sich mit ihr auseinanderzusetzen. (...) Auf jeden Fall hat sie ein Programm, und darüber sollten wir diskutieren. Bei dieser Aufgabe allerdings hat uns die Partei im Stich gelassen.» Den Schluss den scharfen Votums bildete folgende Bemerkung: «Es wäre ein wichtiger Schritt in Richtung auf Parteidemokratie, wenn man innerhalb der Partei die freie Bildung von Gruppen mit alternativen Ansichten zuliesse.»

Politbüromitglied *Janos Berecz*: «Bis jetzt verhielt sich die Partei gegenüber minderheitlichen Ansichten in ihren Reihen intolerant, wird aber in Zukunft dafür sorgen, dass abweichende Meinungen weiterhin existieren können. Indessen verurteilen wir nach wie vor die Fraktionsbildung innerhalb der USAP. (...) Neben dem Staats- und Genossenschaftseigentum wird jetzt auch das Privateigentum anerkannt; es bleibt noch eine Regelung zu finden, wie es im

gesetzlichen Rahmen funktionieren soll. Das schafft einigen Parteimitgliedern ideologische Probleme, und wir akzeptieren einen Dialog darüber. (...) Wir sind bemüht, die negativen Erfahrungen der Bruderländer nicht zu wiederholen. Was die Reform der politischen Institutionen angeht, wird die USAP erwartungsgemäss ein Beispiel geben, das von andern übernommen werden kann.»

Die Facharbeiterin *Katalin Bleier*: «Wir reden zuviel über wirtschaftliche Probleme und

schweigen uns über unsere Sorgen politischer Art aus. Dabei sind unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Teil ganz direkt die Folge unserer politischen Irrwege.» Wie andere Diskussionsteilnehmer auch betonte *Katalin Bleier*, man misstrauere bei den Parteimitgliedern nicht anders als bei den Parteilosen den führenden Persönlichkeiten von Partei und Regierung. Zur Parteidemokratie sagte sie:

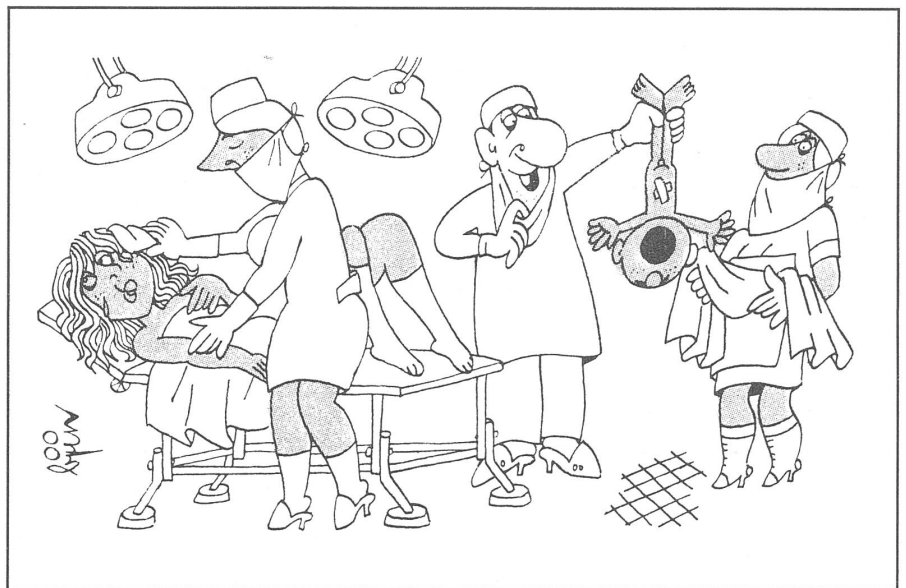
«Wenn wir vor einem Entscheid nicht die Meinung der Parteimitglieder an der Basis einholen, wie können wir dann erwarten, dass sich diese für dessen Verwirklichung einsetzen?»

Der Erste Sekretär des Parteikomitees vom Komitat Pest, *Lajos Krasznai*: «Seit 1965 haben alle wichtigen Parteidokumente die Unaufschiebbarkeit von strukturellen Reformen betont; in Wirklichkeit ist aber überhaupt nichts geschehen.»

Imre Pozsgay, der Generalsekretär der Patriotischen Volksfront, betonte in seiner Rede, das Vertrauen in die Partei selbst sei erschüttert, und deshalb sei eine Annäherung an die Parteilosen unbedingt nötig. (Pozsgay, über dessen unorthodoxen Volksfrontkurs wir vor zwei Wochen berichtet haben, ist ins Politbüro aufgenommen worden, ein personelles «Detail», das angesichts der Hintergründe wichtiger ist als die erwartete Ablösung von Kadar.)

ZK-Sekretär *Miklos Nemeth* befürwortete eine Regelung der Privateigentumsverhältnisse: «Es gilt jetzt die Frage zu lösen, wie Aktiengesellschaften und Börse im Rahmen der sozialistischen Eigentumsverhältnisse funktionieren sollen.»

Der Generaldirektor eines staatlichen Grosskombinats, *Ernö Schmidt*: «Wenn wir die Zunahme der individuellen Einkommen behin-



«In Anbetracht der heutigen wirtschaftlichen Situation ist es nicht schlecht herausgekommen.» (LM, 11. 5. 1988)



Liberale Zeiten:
«Wir werden darüber abstimmen, Genossen, ob wir die (Internationale) singen wollen oder nicht.» (LM, 18. 5. 1988)

Punkt 1c verpflichtet die Parteimitglieder, öffentlich immer den Standpunkt der Partei zu vertreten (was der althergebrachten Regelung entspricht); sie dürfen sich nicht ablehnend über Parteibeschlüsse äussern. Allerdings darf die Minderheit ihren abweichenden Standpunkt gegebenenfalls zur erneuten Prüfung unterbreiten, was eine Absage an die frühere Lesart darstellt.

Noch immer behält sich die Partei vor, die Führungskräfte für staatliche Stellen «vorzuschlagen»; ausgeweitet werden soll immerhin die Auswahl der in Frage kommenden Leute.

Führende Parteifunktionäre können höchstens für zwei Perioden gewählt werden. Hier geht es um 10 Jahre für die zentralen Funktionäre und um 6 bis 8 Jahre für die übrigen. (Eine analoge Regelung wird der sowjetischen Parteikonferenz unterbreitet.)

In Punkt 1e heisst es: «Im Denken der Öffentlichkeit haben bürgerliche und sozialismusfeindliche Anschauungen an Raum gewonnen; die politische und weltanschauliche Gleichgültigkeit breitet sich aus.» Parteigremien und Institutionen werden ebenso wie die Mitglieder ermahnt, sich dem entgegenzustellen.

In Punkt 2 wird eine neue Arbeitsteilung zwischen Partei und Regierung verlangt. «Die Einflussnahme der Partei auf das staatliche Leben muss in ihren Prinzipien und Methoden modernisiert werden.» In diesem Kontext kommt es zur Forderung nach einem neuen Wahlgesetz, damit unterschiedliche Organisationen und Interessengruppierungen bei der Aufstellung von Kandidaten mitreden dürfen. Ferner will man die Referendumsmöglichkeit einführen: «Über Volksabstimmungen auf nationaler und lokaler Ebene soll ein Gesetz verabschiedet werden.»



Bau des neuen Steueramtes. (LM, 11. 5. 1988)

dern, schalten wir den Motor unserer Warenerzeugung ab.»

Jozsef Graf, 1. Sekretär des Parteikomitees der Stadt Szigetvar, kritisierte die «konservativen Kräfte», welche das Rotationsprinzip in der Kaderpolitik ablehnen.

Der Filmregisseur *Andras Kovacs* verlangte, dass den Parteimitgliedern die Teilnahme an verschiedenen (parteiunabhängigen) Vereinigungen ermöglicht werde.

Zoltan Prokop, Sekretär der Partei-Grundorganisation im Innenministerium (Polizeiministerium): «Viele Leute halten Bestechung für eine lässliche Sünde. (...) Es gibt Funktionäre, die für die blosse Erfüllung ihrer Aufgabe verschiedene materielle Gegenleistungen verlangen. Die Erledigung einer Angelegenheit erfolgt oft nach dem Prinzip, dass eine Hand die andere wäscht. (...) Es kommt vor, dass die Sauberkeit des öffentlichen Lebens durch Parteimitglieder und führende Funktionäre verletzt wird.»

Alle diese Wortmeldungen haben wir aus «Magyar Hirlap» (Budapest, 21. und 22. 5. 1988) zitiert.

Volksfront als Partner?

Die vielen kritischen Stimmen hatten eine Erneuerung der Parteiführung zur Folge. Im Zentralkomitee und in der Zentralen Kontrollkommission betraf sie jeweils rund ein Drittel der Mitglieder, aber im obersten Exekutivorgan der Partei nahm sie sehr erhebliche Ausmasse an.

Nicht weniger als sieben Politbüromitglieder wurden abgewählt, fünf von ihnen auch gleich als ZK-Mitglieder.

Die wichtigste Ernennung betrifft, wie gesagt, die Person von Imre Pozsgay. Seit Monaten ist

er – gegebenenfalls auch im Ausland – mit unverbämter Kritik an die bestehenden Zustände hervorgetreten, und vor allem hat er die Volksfront sozusagen umfunktioniert. Nach herkömmlicher Auffassung sollte sie einen Transmissionsriemen der Partei zu den Massen darstellen, aber nunmehr versteht sie sich als Partner mit eigenem Gesicht und eigener Zielsetzung.

Die Volksfrontzeitung «Magyar Nemzet» hat denn auch am 22. Mai erwartungsvoll geschrieben, es bestehe Hoffnung auf eine «partnerschaftliche Beziehung» zwischen Partei und Volksfront. Der Titel des kleinen Beitrags: «Die Volksfront rechnet mit grösserer Selbständigkeit.»

Das Konferenzdokument

Die Konferenz hat eine Stellungnahme «zu den Aufgaben der Partei» verabschiedet. Das Richtlinienpapier ist in drei Kapitel (Parteiprobleme, Wirtschaft, Aussenpolitik) gegliedert. Wir beziehen uns auf die Veröffentlichung in «Magyar Nemzet», Budapest, 23. 5. 1988.

Parteiprobleme

Im ersten Kapitel heisst es unter Punkt 1, die Mitglieder und die Grundorganisationen sollten bei der Vertretung der Parteipolitik selbständiger werden. Die Partei bekennt sich zur kollektiven Führung, verbunden mit individueller politischer Verantwortung.

Der Wahlmodus wird ab 1988 stufenweise geändert werden. Ein bestimmter Anteil der Führungsgremien wäre von den Grundorganisationen oder den unteren Parteiorganen direkt zu wählen, und zwar mittels geheimer Stimmabgabe. Es können «auf Verlangen» mehrere Kandidaten aufgestellt werden.

Punkt 3 nennt die Patriotische Volksfront «eine wichtige Institution des sozialistischen Pluralismus». Dann aber wird die Aufgabenstellung der Volksfront in herkömmlichen Wendungen geschildert: Sie soll die Kontakte und die Zusammenarbeit von Parteimitgliedern und Parteilosen fördern.

Die Wirtschaft

Kapitel II befasst sich mit wirtschaftlichen Fragen und betont die Wichtigkeit von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung («gemeinsame Unternehmen») sowie von privaten Unternehmen. Eine neue Aufrichtigkeit zeigt sich gegenüber dem Beschäftigungsproblem, auch wenn sie noch verschämt formuliert ist. Infolge der Umstrukturierung werde es zu provisorischen Beschäftigungsschwierigkeiten kommen; die «Werkstätigen ohne Arbeit» sollen eine «institutionelle Unterstützung» erhalten. Damit haben die so umschriebenen Begriffe von Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenunterstützung erstmals Einzug in ein Parteidokument gehalten.

Aussenpolitik

Das Kapitel III gilt der Aussenpolitik. Nachträglich aufgenommen wurde hier auf Druck der Konferenzteilnehmer ein Passus, der sich, ohne die Sache beim Namen zu nennen, mit der Lage der unterdrückten ungarischen Minderheit in Rumänien befasst. Die Sorge für die im Ausland lebenden Ungarn (hier in ihrer Volkszugehörigkeit und nicht in ihrer Staatszugehörigkeit gemeint) sei ein wichtiges Anliegen der Partei. «Unter sozialistischen Bedingungen halten wir es für selbstverständlich, dass individuelle und kollektive Nationalitätenrechte zur Geltung kommen. Die Nationalitäten haben, in welchem Land sie immer leben, einen legitimen Anspruch auf die Pflege ihrer Muttersprache, auf die Förderung ihrer Kultur und auf die Pflege ihrer Beziehungen mit der Stammnation.»

Bezüglich des Westens heisst es, man wolle die politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Kontakte mit den entwickelten kapitalistischen Ländern weiter fördern. «Wir streben geregelte, durch Verträge bestimmte Kontakte mit der EG an.» In herkömmlichen Wendungen heisst es schliesslich: «Wir fördern unsere Beziehungen mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, mit den linksorientierten Kräften, mit den fortschrittlichen nationalen Befreiungsbe-
wegungen.»



Die Parteikonferenz in Budapest war so etwas wie eine Overture zur Parteikonferenz in Moskau und deutet, auch wenn die grosse Umwälzung plausiblerweise ausgeblieben ist, eine positive Entwicklung in Gesellschaft und Politik an, durchaus im Sinne der sowjetischen Schlagworte von Perestrojka, Glasnost und neuem Denken. ■

Parteijugend im Aufbegehren

Besondere Sorge macht in Ungarn der Zustand des Kommunistischen Jugendverbandes (KISZ). Hier einige Zitate aus der ungarischen Presse kurz vor der Parteikonferenz.

«Der KISZ ist zwar eigenwilliger geworden, aber nicht genug. (...) Die Mitgliederzahl geht ständig zurück. In meinem Komitat Baranya ist sie seit 1985 um 25 bis 30 Prozent zurückgefallen. (...) Es entstehen neue, vom KISZ unabhängige Jugendgemeinschaften sowie Schülervereinigungen, die am öffentlichen Leben teilnehmen wollen. (...) Für die Jugendlichen stellt sich die Frage, ob es sich lohnt, dem Verband anzugehören. (...) Die KISZ-Führung will dazu beitragen, dass der KISZ in Zukunft keine ausschliessliche, sondern nur noch eine vorrangige Rolle spielen soll, damit die Jugendbewegung farbiger wird. Selbsttätige Jugendorganisationen und unterschiedliche Interessenvertretungen sind nötig. Sollten die neuen Gemeinschaften gut funktionieren, muss der KISZ mit ihnen Kontakt aufnehmen. (...) Der KISZ hat nichts davon, dass er ein Vollzugsorgan der Partei ist, solange er seine Tätigkeit auf die Organisation von freiwilliger gesellschaftlicher Arbeit und von Freizeitprogrammen beschränkt. (...) Er soll sich für die perspektivischen Ziele der Parteipolitik einsetzen, aber gleichzeitig ist es wichtig, dass wir in taktischen Belangen eigene Alternativen entwickeln.»

Der regionale KISZ-Sekretär Dr. Laszlo Forod in einem Interview für «Dunantuli Naplo», Pecs/Fünfkirchen, 13. 5. 1988



«Wir wünschen und fordern eine andere Rolle für uns (Titel des Beitrags). Seit dem KISZ-

Kongress von 1986 ist die Zahl der KISZ-Mitglieder im ganzen Land von 900 000 auf 720 000 gesunken, in meinem Komitat Bacs-Kiskun von 35 000 auf 25 700. Früher waren alle Gymnasiasten automatisch auch KISZ-Mitglieder; heute sind sie es nur noch zu 40 bis 50 Prozent. (...) Der Jugendverband ist, was auch der letzte Kongressbeschluss betonte, in seiner heutigen Form ungeeignet zur Erfüllung von politischen Aufgaben. (...) In den Gymnasien sind selbständige Schülergemeinschaften entstanden, und ähnlich ist die Situation auch unter den Jungarbeitern. (...) Bisher hat der KISZ bloss als Vollstreckungsorgan der Partei funktioniert; jetzt will er auf allen Ebenen und in jeder Form die Interessen der Jugend vertreten.»

Der regionale KISZ-Sekretär Mihaly Molnar in einem Interview für «Petöfi Nepe», Kecskemet, 14. 5. 1988



«Im Jahre 1950 belehrten wir einander an sämtlichen Kursen, wir würden bis 1980 im Kommunismus leben und den verfaulten Kapitalismus in sämtlichen Belangen hinter uns gelassen haben. Und daraus ist das geworden, was wir jetzt haben. Eine höhere Schicht hat den Wohlstand für sich gepachtet, und der Mehrheit bleibt nur die Hetzjagd bis zur Invaliddität, ohne Freizeit, ohne Ruhe und Kultur. Wenn wir das alles vorausgesehen hätten ...»

«Wir wollen keinen einzigen nutzlosen Funktionär mehr haben. Genosse Gaspar (der ungarische Gewerkschaftsvorsitzende) hat erklärt, es wäre nicht richtig, wenn wir jetzt nach Sündenböcken suchten; er wird schon wissen, warum er das nicht will.»

«Wir sollten aufhören, das als Volksvertretung zu bezeichnen, was keine ist, wie jeder weiss. Hingegen sollte sich das Parlament vornehmen, eine Volksvertretung zu werden.»

«Aus unserer Post» in «Mozgo Vilag», Budapest, Nr. 5/1988

Elterliches Geleitwort auf den Weg ins Lager der jungen Pioniere: «Aber pass auf, was du sagst, damit man dich nicht aus der Organisation ausschliesst!» (LM, 11. 5. 1988)

